

Das Folgende ist eine leicht gekürzte Fassung des Gesprächs zwischen dem Moderator vom Kölner Organisations-Team von Pulse-of-Europe und Steffen Lehndorff auf der Roncalli Platz - Kundgebung am 1.7.2018 — **mit einem ergänzenden Nachtrag zum Kompromiss zwischen CSU und CDU vom 2.7.2018.**

## **„Nationale Alleingänge“ vs. „europäische Lösungen“ in der Flüchtlingspolitik - worum geht es in diesem Konflikt?**

*Von Nationalisten in einigen Ländern wird propagiert, dass auf europäischer Ebene nichts zustande kommt. Was war eigentlich die bisherige „europäische Lösung“, die Anlass zu dieser Kritik bietet?*

Die Basis der EU-Flüchtlingspolitik sind die Dublin-Abkommen I bis III. Ihr gemeinsamer Kern besteht darin, dass die Asylbegehren von Flüchtlingen in der Regel in dem Land bearbeitet werden sollen, in dem sie zuerst den Boden der EU betreten haben. Denkt man sich in die zugrunde liegende Logik hinein, muss man mit dem Fallschirm über Deutschland abspringen, um hier einen Antrag auf Asyl stellen zu dürfen. Natürlich ließe sich dieses Problem lösen, wenn es ein europäisches Asylrecht und ein einheitliches Verfahren gäbe, das dann zur Verteilung auf verschiedene EU-Länder führt. Beides gibt es jedoch nicht, und auch Deutschland hat sich bis vor wenigen Jahren gegen derartige Verteilschlüssel gewehrt. So liegt die Hauptlast auf Griechenland, Italien und Spanien, und Kanzlerin Merkel hat dies in der zugespitzten Situation von 2015 auch zugegeben. Die naheliegende Konsequenz dieser Abkommen war, dass in Italien und den anderen Ländern, die an den südlichen EU-Außengrenzen liegen, die praktische Umsetzung sehr lax erfolgte. Faktisch ist Dublin außer Kraft. Das Ergebnis ist der von Söder und anderen so bezeichnete „Asyl-Tourismus“ — dies sollte zum Unwort des Jahres 2018 erklärt werden, finde ich.

Der aktuelle Streit in der EU und in der Bundesregierung geht deshalb — soweit es überhaupt um die Sache geht — allein um die Frage, *wie* die Dublin-Regelung wieder in Kraft gesetzt und auch praktisch durchgesetzt werden kann: durch „nationale Alleingänge“ oder durch Absprachen auf EU-Ebene über die „Rückführung“ von Flüchtlingen in die Ankunftsländer, als Zwischenschritt hin zu einer „Reform“ des Dublin-Abkommens, was immer das heißen mag. Der Streit geht also um den Weg, nicht das Ziel.

*Was ist denn von den „europäischen Lösungen“ zu erwarten, die jetzt auf dem EU-Gipfel vereinbart worden sind?*

Die FAZ hat das Ergebnis dieses Gipfels gestern treffend in der Überschrift zusammengefasst: „Auf Abschottungskurs“. Sie meint das selbstverständlich nicht kritisch, ist aber skeptisch bezüglich der Umsetzbarkeit der Beschlüsse. Was wurde vereinbart?

Erstens die gerade erwähnten bilateralen „Rückführungsabkommen“. Übrigens ist das nichts Neues. Frankreich hat schon vor langem, in ruhigeren Zeiten, ein solches Abkommen mit Italien abgeschlossen und setzt es an der Grenze unverändert rigoros durch. Eine wichtige Erfahrung, die italienische Regierungen seitdem davon abgehalten hat, weitere derartige

Verträge abzuschließen. **(Nachtrag: Die am 2.7. zwischen CSU und CDU getroffene Vereinbarung über „Transitzentren, aus denen die Asylbewerber direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden“, geht konform mit dem Gipfelbeschluss vom 28./29.6., da entsprechende Vereinbarungen — zur Not nur mit Österreich — als Voraussetzung genannt werden. Zynisch gesagt: Dadurch wären Transitlager eine regelkonforme europäische Lösung. Ob die FPÖ und die Lega wohl dabei mitspielen? Schwer vorstellbar. Sicher ist nur, dass der AfD noch weiter der braune Teppich ausgerollt wird.)**

Zweitens die Schaffung „kontrollierter Zentren“ an den Außengrenzen der EU, aber auf EU-Territorium. Mit „Kontrolle“ ist die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, also die Abriegelung gemeint, um die so genannte „Sekundärmigration“ innerhalb der EU zu unterbinden. Praktischer Ausgangspunkt wären dann wahrscheinlich solche Einrichtungen wie die berüchtigten Lager auf Lesbos und anderen griechischen Inseln, die entsprechend ausgebaut werden müssten.

Drittens die weitere Aufrüstung der EU-Grenzschutzagentur Frontex sowie die Einrichtung von Auffanglagern in dazu bereiten Drittländern v.a. Nordafrikas. Der Sinn dieser Lager erschließt sich am einfachsten durch einen Blick auf den englischen Text des Beschlusses: „regional disembarkation platforms“, was soviel bedeutet wie „Anlandungsplattformen“, also Lager in Drittländern, in die Flüchtlinge transportiert werden, die auf dem Mittelmeer aus Schiffen herausgeholt werden. Erklärtes Ziel ist die Bekämpfung der Schleuserkriminalität.

Zwei kurze Hinweise zu dem zuletzt genannten, noch als „Idee“ bezeichneten Element: Zum einen gibt es bislang de facto so gut wie keine legalen Fluchtmöglichkeiten in die EU. Wenn jemand legal z.B. aus Afghanistan flüchten wollte, müsste diesem Menschen ja erst einmal die Botschaft eines EU-Landes in Kabul ein Einreisevisum ausstellen, damit dann nach der Ankunft in dem betreffenden EU-Land ein Asylantrag gestellt werden kann. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist das völlig unrealistisch. Flucht in die EU ist in den allermeisten Fällen gezwungenermaßen illegal. Das ist so gewollt, und deshalb gibt es die Schleuser.

Zum anderen könnten rein theoretisch Anlaufzentren in Drittländern die institutionelle Plattform für legale Fluchtmöglichkeiten in die EU bilden. Weil diese abstrakte Möglichkeit besteht, hat das Flüchtlingshilfswerk der UN seine prinzipielle Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklärt, diese aber von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht. Dazu gehört die Achtung rechtsstaatlicher Grundsätze in den betreffenden Ländern. Dass genau damit nicht zu rechnen ist, zeigt die Zusammenarbeit der EU mit der libyschen Küstenwache, die bereits jetzt „disembarkation“ in die Hunger- und Folter-Gefangenenlager in Libyen betreibt. In dieselbe Richtung geht die derzeit betriebene Kriminalisierung der Seenot-Rettungsschiffe. Amnesty International hat diese Politik als „menschenrechtlich untragbar“ bezeichnet.

In dem Streit zwischen CSU und CDU hatte Horst Seehofer ja erklärt, er akzeptiere „europäische Lösungen“ nur dann, wenn sie „wirkungsgleich“ mit der Abwehr von „Sekundärmigration“ in eigener, deutscher Regie seien. Angela Merkel hat nach dem Gipfel

darauf erwidert, dass die beschlossenen Maßnahmen „mehr als wirkungsgleich“ seien. Leider hat sie recht. Die Brüsseler Beschlüsse sind mehr. Sie bedeuten, dass *Abschottung* jetzt ergänzt wird durch *Abschreckung*.

*Was wäre eigentlich erforderlich zur Bekämpfung der Fluchtursachen? Und gibt es überhaupt ermutigende Initiativen und Ideen, von denen Impulse für verantwortungsbewusste europäische Lösungen ausgehen könnten?*

Bekämpfung von Fluchtursachen — das sind harte und dicke Bretter. Nur ein Beispiel: Ich finde es im Prinzip richtig, wenn der Bundes-Entwicklungsminister (übrigens ein CSU-Mitglied) für einen „Marshall-Plan für Afrika“ wirbt. Aber dann darf man nicht gleichzeitig den afrikanischen Ländern Freihandelsabkommen aufnötigen, die dazu führen, dass mit Lebensmittelexporten aus subventionierter EU-Massenproduktion die Entwicklungsmöglichkeiten einer eigenständigen Landwirtschaft in den betreffenden Ländern kaputt konkurriert wird. Bekämpfung von Fluchtursachen ist ein sehr langer Weg, der einen grundlegenden Kurswechsel voraussetzt.

Darüber müssten wir mehr diskutieren. Aber ebenso wichtig sind näher liegende Impulse für eine solidarische EU-Flüchtlingspolitik. Auch dazu ein Beispiel: Als in den letzten Tagen die Seenot-Rettungsschiffe auf dem Mittelmeer umherirren mussten, hat sich eine Allianz von drei Städten bereit erklärt, Flüchtlinge von diesen Schiffen aufzunehmen: Berlin, Neapel und Barcelona. Damit so etwas geht, müssen aber die jeweiligen nationalen Regierungen zustimmen. Die Regierungen in Italien und Deutschland haben dies einmütig blockiert — die Hilfsbereitschaft von Berlin und Neapel wurde also abgewürgt. Das Beispiel zeigt aber, dass die Impulse nur von unten kommen können. Eine wichtige Idee ist die Forderung an die EU, aufnahmebereite und -fähige Kommunen finanziell zu unterstützen.<sup>1</sup> Es gibt bereits die Arbeit an einem europäischen Netzwerk solcher Kommunen, zu denen auch Städte wie Danzig in Polen gehören, die sich dabei härtester Ablehnung durch ihre Regierung gegenüber sehen. Diese Dynamik, diese Konfrontation brauchen wir, braucht die EU.

Die eigentliche Frage im aktuellen und weiter andauernden Konflikt um die Flüchtlingspolitik lautet also nicht — und das macht es ja auch für Pulse-of-Europe so kompliziert: „nationale Alleingänge“ vs. „europäische Lösungen“. Wir sollten uns da nicht ins Boxhorn jagen lassen. Die eigentliche Frage lautet: *Welche* europäischen Lösungen wollen wir? Keine der z.Zt. von der EU-Kommission, vom Europäischen Rat oder auch der Bundesregierung angestrebten Maßnahmen ist auf eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik gerichtet. Eine Flüchtlingspolitik, die solidarisch sowohl zwischen den EU-Ländern als auch solidarisch mit den Flüchtenden ist, kann nur von unten durchgesetzt werden. Von Städten, die für eine offene und vielfältige Gesellschaft eintreten, kann dazu ein wichtiger Impuls ausgehen!

---

<sup>1</sup> Diese insbesondere von Gesine Schwan beharrlich verfolgte Idee wird hier erläutert: <http://restart-europe-now.eu/2017/02/24/europaeische-fluechtlingsintegration-als-gemeinsame-kommunale-entwicklung/>. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sie in seiner Rede vor dem Europaparlament am 17.4.2018 aufgegriffen: <http://www.elysee.fr/declarations/article/european-parliament/> — bislang ohne Reaktion aus Berlin.